



Sebastian Heilmann

Nachhaltige und demokratische Gestaltung der Energiewende

Der Beitrag sozial-ökologischer Regionalplanungsforschung



Die „Energiewende“ wird den wahrscheinlich größten Infrastrukturwandel in Deutschland im 21. Jahrhundert zur Folge haben – wobei zunächst nicht klar ist, wie sie ausgestaltet werden wird. Anlagen der Energieerzeugung und -verteilung machen einen zentralen Teil der (öffentlichen) Infrastrukturen aus. Dadurch, dass diese Infrastrukturen eine hohe Langlebigkeit besitzen, prägen sie die soziale Produktion des Raums mit. In ihnen werden auch die den Raum prägenden sozialen und politischen Kräfteverhältnisse sichtbar (vgl. u. a. Moss et al. 2005). In Bezug auf die Energiewende wird von einem entsprechend großen Infrastrukturwandel ausgegangen. Die Frage ist nun, was die Folgen für die Soziale Kohäsion wären. Müssen diesbezüglich bestimmte Anforderungen an die Gestaltung dieses Infrastrukturwandels gestellt werden?

In einem ersten Schritt werden zentrale Begriffe geklärt. Die hier vertretene These ist, dass die „Energiewende“ „nachhaltig“ und „demokratisch“ gestaltet werden muss. So wäre es möglich, dass diese einen positiven (oder zumindest keinen negativen) Beitrag zu sozialer Kohäsion leistet. Das Dilemma ist, dass es hierzu bisher noch nicht ausreichend Wissen gibt und/oder ausreichende politische Kräfte vorhanden sind, um Prozesse in diese Richtung zu lenken. Einen wichtigen Beitrag steuert sozial-ökologische Nachhaltigkeitsforschung in ihrer Beschäftigung mit der Energiewende bei, was anhand verschiedener Themen (Regionale Wertschöpfung und Kulturlandschaftstransformation) aufgezeigt wird. Aufgrund des dezentralen Charakters der „Energiewende“ liegt eine hohe Verantwortung in der regionalen und lokalen Planung. In sozial-ökologischen Forschungsansätzen mag entsprechend ein hohes Potenzial liegen die Chancen und Hemmnisse in und für die lokale/regionale Gestaltung der Energiewende, gerade auch mit Blick auf die bisher noch unterbeleuchtete Dimension aufzuzeigen.

Begriffe

In der Soziologie meint Kohäsion „[...] den inneren Zusammenhalt von Mitgliedern eines sozialen Gebildes, das damit gegenüber von außen kommenden, nicht akzeptierten Einflüssen relativ resistent ist“ (Reinhold 2000, S. 337). In den Raumwissenschaften begegnet man Kohäsion unter anderem im Zusammenhang mit „regionalen Disparitäten“, welche sich mit Ungleichheiten innerhalb und zwischen Regionen übersetzen lassen, wobei der Fokus in der Raumplanung dann entsprechend der ist, diese Ungleichheiten aufzuheben (vgl. hierzu u.a. Frankenwald 2005, S. 185 ff.). Auf europäischer

Ebene findet sich dies im Konzept „territorialer Kohäsion“. Dabei geht es um den „[...] Ausgleich von Ungleichgewichten [...] [der] Förderung von spezifischen Entwicklungspotenzialen, [der] Integration über Teilhabe sowie Vernetzung von Akteuren (Neubert et al. 2014, S. 29) Auch auf Bundesebene findet sich das Konzept der „territorialen Kohäsion“ wieder, und zwar in der raumordnerischen Leitvorstellung der ‚Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen‘ (§ 1 (2) Raumordnungsgesetz). Die Raumordnung zielt dabei auf die gleichmäßige Entwicklung aller Teilräume ab, so v. a. die Stärkung der Daseinsvorsorge, zu der gerade auch die öffentliche Infrastruktur zählt.

Eine (nach wie vor gängige) Definition von Infrastruktur ist „[...] die Gesamtheit der materiellen, institutionellen und personalen Anlagen, Einrichtungen und Gegebenheiten, die den Wirtschaftseinheiten im Rahmen einer arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stehen“ (Jochimsen 1966, S. 145 zit. in Frey 2005, S. 470). Sowohl in Raumwissenschaft, als auch -planung besitzt die Orientierung an (sozialer) Kohäsion eine hohe Priorität. Folgend wird diskutiert, was dies für die Gestaltung der Energiewende bedeutet.

Eine „nachhaltige“ und „demokratische“ Gestaltung der Energiewende

Das „Energiewunder Deutschland“ hat einen revolutionären Start hingelegt, nicht zuletzt aufgrund der Erfolgsgeschichte des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) (Scheer 2012, S. 13). In einer Studie zur „Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland“ wird die Bedeutung der „Bürgerenergie“ deutlich, die durch das EEG ein enormes Wachstum verzeichnet



hat. Sie gilt daher als wesentlicher Teilakteur der Energiewirtschaft und Treiber der Energiewende und besitzt aktuell einen Anteil von 47% an der installierten Leistung der Erneuerbaren Energien – im Vergleich dazu die Energieversorger nur 12% (trend:research/Leuphana Universität Lüneburg 2013, S. 69).

Diese Rolle scheint durch die aktuellste Novelle des EEG von August 2014 ‚bedroht‘ – so stellt es zumindest das Forschungsprojekt EnGeno des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in seinem Positionspapier „Bürgerbeteiligung – Energiedemokratie – Dezentralität? Kernziele der Energiewende in Gefahr!“ zur aktuellen energiepolitischen Entwicklung fest. Es wird ein Bürgerenergiegesetz „zur nachhaltigen Sicherung von Bürgerbeteiligung und Genossenschaften in der Energiewende“ (EnGeno 2014, S. 2) gefordert. „[N]eben dem Kriterium Kosteneffizienz [wird] de[r] Einbezug weiterer Kriterien wie Akteursvielfalt, Systemdienlichkeit, lokale Akzeptanz und Wertschöpfung, Umweltverträglichkeit und Zielerreichung“ in die Ausschreibungsverfahren gefordert (ebd.).

Begriffe wie „Energieautonomie“ (Scheer 2005), „Energie als Gemeinschaftsgut“ (Moss et al. 2013), „Energiedemokratie“ (Kunze/Becker 2014), „demokratische Energieversorgung“ (Neumann-Cosel 2013) sind nur einige Stichworte zur aktuellen Debatte um die Zukunft der Energiewende. Dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung folgend gilt es die Gestaltung der Energiewende als zentrales Gerechtigkeitsprojekt zu verstehen (vgl. hierzu u. a. Hauff 1987). Die Energiewende wäre „demokratisch“ und „nachhaltig“ zu gestalten. Hier kann auf die ausführliche Debatte zur großen Bedeutung der Energiepolitik im Rahmen der globalen Anstrengungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung hingewiesen werden (vgl. u. a. Scheer 2005; Henicke/Müller 2006; Brunnengräber 2009). Doch was heißt „demokratisch“ und „nachhaltig“, wo lassen sich Anknüpfungspunkte dazu finden? Eine verheißungsvolle Debatte ist sicherlich die zu „deliberativer und partizipativer Demokratie“ (vgl. u. a. Walk 2008; Saretzki 2012; Ott/Sachtler 2014), wobei die große Herausforderung darin besteht, nicht nur die Teilnahme(möglichkeit) der Bürgerinnen und Bürger an öffentlicher Kommunikation sicherzustellen, sondern auch deren Teilhabe und damit die Integration von öffentlicher Kommunikation in Entscheidungsprozesse. So könnten Transformationsprozesse einer nachhaltigen Entwicklung angestoßen werden.

Erneuerbare Energien gelten generell als „nachhaltig“, wengleich sich mit zunehmendem Fortschreiten der Energiewende Konflikte auftun, die einer Bearbeitung bedürfen, wie beispielsweise die auftretenden Zielkonflikte zwischen Natur- und Umweltschutz (von Haaren et al. 2013) und die Rolle der Biomasseproduktion (Hirschl et al. 2014), aber auch die Veränderung der Ästhetik der Kulturlandschaften durch die sich verändernde Energieproduktion (Schöbel 2012). Die Energiewende nachhaltig zu gestalten hieße neue Wege einzuschlagen, die Zielkonflikte vermeiden, bzw. es gar nicht erst

zu solchen kommen zu lassen. Nachhaltigkeit ist ein „contested concept“ (Jacobs 1999), ein politisches Konzept, dessen Bedeutung erst in Auseinandersetzung verhandelt und erstritten wird. Um es mit Ulrich Grober (2013, S. 25) zu sagen: „Nachhaltigkeit ist kein beliebig manipulierbares Plastikwort. Aber es ist auch kein starrer Begriff, der sich in ein oder zwei Formeln erschöpft. Nicht etwas, was einmal definiert ist und dann bloß noch umzusetzen wäre. Kein Rezeptbuch aus fertigen Lösungen. Keine Vorgabe, du musst nur das oder jenes tun, dann bist du nachhaltig. Es ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Ein Leitbild. Also kein irgendwann erreichbares Endziel, sondern ein Kompass, der Orientierung für die Reise in eine unbekannte Zukunft gibt. Er hilft uns auf dem Feld, das die Evolution bereitet, so zu agieren, dass die menschliche Existenz auf diesem Planeten nicht aufhört. Nachhaltigkeit ist eine Suchbewegung.“ So gesehen fokussiert eine Forschung mit Blick auf Nachhaltigkeit sozial-ökologische Leitplanken und Prozesse nicht auf ‚Endzustände‘. Sie nimmt wahr, dass Störungen in Teilsystemen zu Störungen in anderen Teilsystemen führen, dass also beispielsweise ein großer und rasanter Infrastrukturwandel durch „Vermassung“ und „Verspargelung“ der Landschaften zu Abnahme von Akzeptanz der Energiewende führen kann. Nachhaltigkeit wird hier als kritisches Konzept verstanden. Es „dient der Identifizierung von Mustern und Beziehungen, die sich durch Veränderungen erhalten können; [...] im Kern [sind sie] auf Interaktionen zwischen Natur und Gesellschaft bezogen [...]“ (Jahn 2013, S. 53).

Sozial-ökologische Nachhaltigkeitsforschung

Im BMBF wurde im Jahr 2000 im Programm „Forschung für die Umwelt“ ein neuer Förderschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“ eingerichtet. Ziel war es, die universitäre und außeruniversitäre transdisziplinär orientierte Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung zu stärken. Eine Reihe an Forschungsprojekten hat bisher einen reichen Fundus an Erkenntnissen produziert und zugleich auch den Forschungszugang theoretisch und methodisch fundiert (vgl. hierzu u. a. Schneidewind/Singer-Brodowski 2013, S. 158 ff.).

Allerdings fußt die Forschung zur Energiewende bisher vor allem auf materiell-technischen und weniger sozial-kulturellen Herangehensweisen, wie beispielsweise die Hightech-Strategie der Bundesregierung eindrucksvoll zeigt, die ihren Fokus auf Technologieforschung legt, indem sie Projekte zu Netzen und Stromspeichern fördert. Das Forschungsprogramm der Hightech-Strategie stellt keine Bezüge her zur Herausforderung für unsere gemeinschaftlichen Planungssysteme sowie individuellen und kulturellen Gewohnheiten (BMBF 2014, S. 18). Gleichzeitig mehren sich die Arbeiten, die sich mit Verfahren der Bürgerbeteiligung beschäftigen, meist jedoch nur mit einem Fokus auf die formellen Prozesse. Da aber sowohl in politischen Dokumenten als auch rechtlichen Rahmenbe-



dingungen das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung „die“ zentrale Rolle spielt, ist Forschung notwendig, die sich dieser Fragen annimmt. In einem Memorandum zur Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Forschung wurde diese Problemstellung aufgenommen: „Die gegenwärtige Nachhaltigkeitsforschung ist noch zu stark auf eine technische Herangehensweise fokussiert. Beispielhaft zeigt sich das im Diskurs um die Energiewende, in dem nach wie vor technische Fragestellungen etwa zu Netzinfrastrukturen dominieren, während die Effizienzperspektive und die soziale, rechtliche und alltagspraktische Einbettung technischer Maßnahmen zu kurz kommen“ (Jahn et al. 2012, S. 3). Mit Blick auf die Rolle von Raumplanung kommt argumentative Unterstützung vom raumwissenschaftlichen Netzwerk 11R – einem Zusammenschluss raumwissenschaftlicher Forschungs- und Beratungsinstitute in Deutschland: „Die Energiewende bringt zahlreiche neue Institutionen (z.B. Energiegenossenschaften, 100%-Erneuerbare-Energie-Kommunen, Bioenergieregionen und Dergleichen [sic!]) hervor, die naturgemäß mit neuen Handlungs- und Institutionenräumen verbunden sind. Bislang fehlt es an Bestandsaufnahmen dieser dynamischen Prozesse. Außerdem ist wenig über die Wechselwirkungen und Überlagerungen zwischen „neuen“ und „alten“ Räumen bekannt (Beckmann et al. 2013, S. 11). Räume können sowohl physische als auch gesellschaftliche Räume sein. Eine relationale Betrachtung von Raum ermöglicht es, die dynamischen und sich vielfach überlagernden Tätigkeiten in der Gesellschaft sichtbar zu machen und damit auch die Zusammenhänge zwischen physischen und gesellschaftlichen Räumen aufzuzeigen.

Die Forderungen der Forschungsgemeinschaften scheinen bei den Fördermittelgebern auch in gewissem Umfang Gehör zu finden, wie sich in der neuen Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ (ISOE 2014) zeigt, die 2013 gestartet ist. Die Maßnahme fokussiert die gesellschaftlichen Aspekte der Energiewende aus unterschiedlichen Perspektiven und Schwerpunkten und verbindet dabei die materiell-technischen/physischen und sozial-kulturellen/gesellschaftlichen Perspektiven: Gebäude und Siedlungen, Wissenschaftliche Koordination, Governance, Partizipationsstrategien, Entwicklungsoptionen sowie Bürger, Geschäftsmodelle & Co. Folgende Projektauswahl demonstriert dies auch:

- EnerLOG – Lösung von lokalen energiepolitischen Konflikten und Verwirklichung von Gemeinwohlzielen durch neue Organisationsformen im Energiebereich,
- EnGeno – Transformationspotenziale von Energiegenossenschaften – mit postfossilen Dezentralisierungsstrategien zur Energiewende,
- Demoenergie – die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen,
- LoPa – Lokale Passung: Lokal und sozial – Anpassung von Energiesystemen und sozialen Strukturen durch interdisziplinäre Energieberatung auf kommunaler Ebene,

- W³ – Wachstum, Widerstand, Wohlstand als Dimensionen regionaler Energieflächenpolitik.

Im Folgenden werden zwei Themen in den Blick genommen, die einen direkten Bezug zum Infrastrukturwandel auf regionaler/lokaler Ebene haben und deren Bearbeitung auch Konsequenzen für die soziale Kohäsion im weiteren Sinne haben – so die hier vertretene These: eine hohe Bedeutung in der sozial-ökologischen Perspektive.



Abb. 1: Schema direkter und indirekter Wertschöpfungseffekte Erneuerbarer Energieanlagen (Quelle: BMVBS 2013b, S. 22)

Regionale Wertschöpfung

Es gibt mittlerweile eine Reihe von Studien, die die regional-ökonomischen Effekte des Ausbaus und vor allem auch des Betriebs von Erneuerbaren Energieanlagen untersucht haben (u. a. Hoppenbrock et al. 2010; Schröder 2010; Aretz et al. 2013; BMVBS 2011a & 2013a & 2013b). Abbildung 1 zeigt die regionalen Wertschöpfungseffekte, die sich positiv auf die regionale Entwicklung auswirken können. Dass diese Effekte bestehen, wird dem Großteil der Kommunen gerade erst bewusst. Um diese Effekte zu verstärken, werden u. a. Empfehlungen zur Stärkung des Handlungsrahmens für regionale Energiekonzeptinitiativen im Kontext nationaler Erneuerbare-Energie-Ausbau-Strategien (BMVBS 2011b) aufgestellt und „[...] eine (bessere) Koordination“ der finanziellen Förderung von Erneuerbaren Energien gefordert (Klagge et al. 2013, S. 2).

Kulturlandschaftstransformation

Jedoch: Von einer undifferenzierten Orientierung an regionaler Wertschöpfung könnte der „Energiewende“ die Akzep-

tanz verloren gehen. Dies wird deutlich, wenn man es vor dem Hintergrund der Prognosen betrachtet, die davon ausgehen, dass „[...] in den nächsten 17 Jahren in ca. der Hälfte der Landschaften Deutschlands – auf ca. 46% der Fläche – ein erheblicher Transformationsdruck zu erwarten ist. Nimmt man den Landschaftswandel der letzten 15 Jahre hinzu, könnten innerhalb von nur einer einzigen Generation ca. zwei Drittel der gewohnten Landschaftsbilder der Bundesrepublik in ihren Grundzügen verändert werden“ (BfN/BBSR 2014a, S. 41, vgl. auch Abb. 2). Entsprechend finden sich in Studien zum erwartbaren Landschaftswandel Empfehlungen zur Stärkung der Raumplanung auf allen Ebenen des politisch-administrativen Systems mit einem Schwerpunkt auf regionaler Planung, so dass nicht nur Nutzungen in bestimmten Gebieten ausgeschlossen werden, sondern die vorhandenen Kulturlandschaften verstärkt integriert entwickelt werden (BfN/BBSR 2014a, S. 41 und BfN/BBSR 2014b, S. 43).

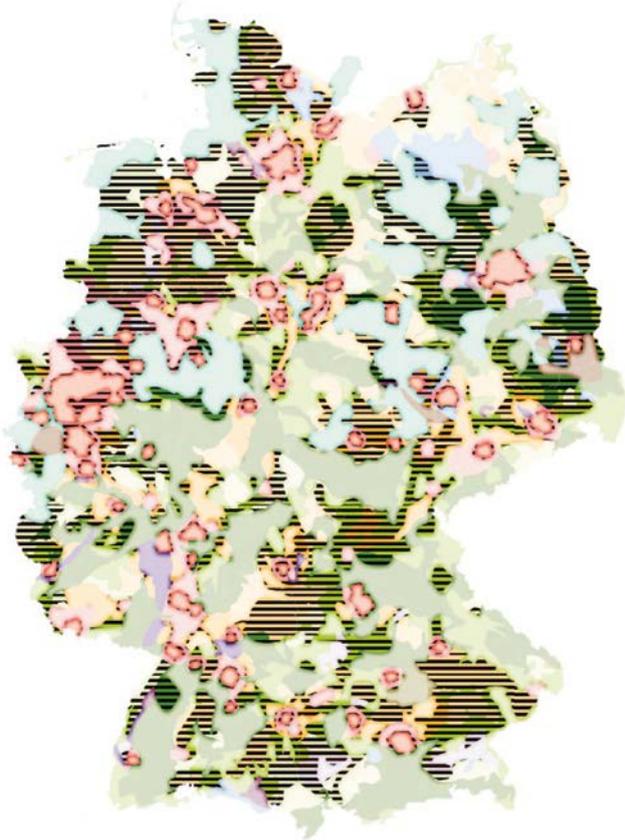


Abb. 2: Kulturlandschaften 2010 mit voraussichtlich erheblichem Transformationsdruck bis 2030 bei schwarz schraffierten Regionen durch die Kumulation von Ausbau Erneuerbarer Energien, Siedlungs- und Infrastruktur sowie Netzausbau (Quelle: BfN/BBSR 2014a, S. 41)

Sozial-ökologische Forschungsperspektiven auf die Regionalplanung am Beispiel der Region Mecklenburgische Seenplatte

Die angesprochenen Themenbereiche werden auf regionaler Ebene sichtbar und greifbar. Eine große Zahl an Regionen hat sich nunmehr aufgemacht, die Energieversorgung vor Ort perspektivisch zu 100% aus Erneuerbaren Energien zu beziehen. Dabei ist die parallele Aufstellung/Aktualisierung von formellen Regionalplänen und informellen Regionalen Energiekonzepten ein häufiger beobachtbares Vorgehen (vgl. u.a. BMVBS 2011a).

Es gibt verschiedene Modellregionen in Deutschland, die die beiden Themenbereiche regionaler Wertschöpfung und vorausschauender Kulturlandschaftstransformation integrativ behandeln, so u. a. die Region Mecklenburgische Seenplatte (vgl. Abb. 3).

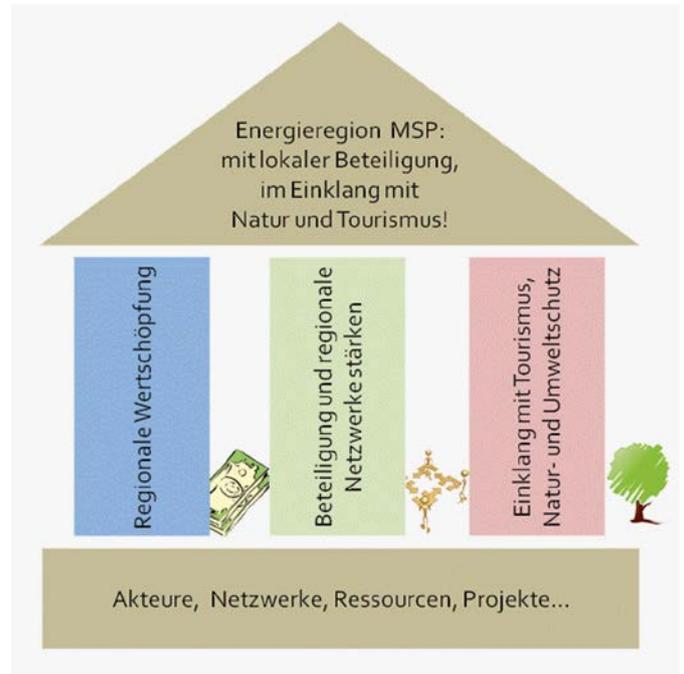


Abb. 3: Aufbau des Leitbildes des Regionalen Energiekonzeptes für die Region Mecklenburgische Seenplatte (Quelle: RPV MSP 2013, S. 106).

Ziel ist es, in der strukturschwachen und dünnbesiedelten Region ländlichen Raums Akzeptanz für die „Energiewende“ durch umfassende Teilhabe an den Planungsprozessen und wirtschaftlichen Effekten zu schaffen. Bisher sind die Teilhabemodelle auf rein freiwilliger Basis seitens der Vorhabenträger. Geplant ist eine Verankerung der wirtschaftlichen Beteiligung der Bürgerschaft und Kommunen bei Windenergieanlagen in Form eines Ziels der Raumordnung im Regionalen Raumentwicklungsprogramm. Eine rechtliche Prüfung wird aktuell durchgeführt (BMVI 2014, S. 10 f.). Auch auf Landesebene findet eine ähnliche Debatte statt, wie sich im Antrag der Fraktionen der SPD und CDU „Angemessene Beteiligung der Standortgemeinden an der Gewerbesteuer von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien“ aus dem September 2014 zeigt (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2014). Im Entwurf des Regionalen Energiekonzeptes sollen „erneuerbare Energien im Einklang mit Natur, Umwelt und Tourismus“ entwickelt werden. So wird bspw. ein Verzicht auf Monokulturanbau angestrebt. Die hohe Bedeutung des Wassertourismus soll erhalten bleiben, jedoch ergänzt werden um das Thema Energie (RPV MSP 2013, S. 109f).



Um diese Prozesse angemessen erforschen zu können, bedarf es einer Art von Forschung, die in der Lage ist, die Vielschichtigkeit der Energiewende und deren Folgen abzubilden. Sozial-ökologische Forschung stellt sich die Aufgabe, die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur zu erkennen, zu verstehen und letztlich Vorschläge für deren Gestaltung unterbreiten zu können (Jahn et al. 2012, S. 2). Um also die Zusammenhänge von sozialer Kohäsion und Infrastrukturwandel in und durch die „Energiewende“ verstehen zu können, erscheint ein sozial-ökologischer Zugang von Vorteil.

Sebastian Heilmann, Dipl.-Umweltwiss.

Institut für Nachhaltigkeitssteuerung (INSUGO), Leuphana Universität Lüneburg

Quellen:

Aretz, Astrid/Heinbach, Katharina/Hirschl, Bernd/Prahl, Andreas/Steven Salecki (2013): Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien – Wie Bundesländer profitieren. In: GAIA 03/2013, S. 46-54.

Beckmann, Klaus J./Gailing, Ludger/Hülz, Martina/Kemming, Herbert/Leibenath, Markus/Libbe, Jens/Stefansky, Andreas (2013): Räumliche Implikationen der Energiewende. Positionspapier, Difu-Paper, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu).

BfN (Bundesamt für Naturschutz)/BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (Hrsg.) (2014a): Den Landschaftswandel gestalten! Potentiale der Landschafts- und Raumplanung zur modellhaften Entwicklung und Gestaltung von Kulturlandschaften vor dem Hintergrund aktueller Transformationsprozesse. Band 1: Bundesweite Übersichten. http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/fakultaet_architektur/ila/lp/Forschung/laufende%20Forschung/LaWa_gest_Bd1_001_150dpi.pdf, 10.11.2014.

BfN (Bundesamt für Naturschutz)/BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (Hrsg.) (2014b): Den Landschaftswandel gestalten! Potentiale der Landschafts- und Raumplanung zur modellhaften Entwicklung und Gestaltung von Kulturlandschaften vor dem Hintergrund aktueller Transformationsprozesse. Band 2 (Entwurf). http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/fakultaet_architektur/ila/lp/Forschung/laufende%20Forschung/FuE_Landschaftswandel_Band02_20141013a.pdf, 10.11.2014.

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hrsg.) (2014): Die neue Hightech-Strategie Innovationen für Deutschland. August 2014. http://www.bmbf.de/pub_hts/HTS_Broschue_Web.pdf, 10.11.2014.

BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2011a): Strategische Einbindung regenerativer Energien in regionale Energiekonzepte. Wertschöpfung auf regionaler Ebene. BMVBS-Online-Publikation 18/2011. Bonn. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2011/DL_ON182011.pdf, 10.11.2014.

BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2011b): Strategische Einbindung Regenerativer Energien in Regionale Energiekonzepte. Folgen und Handlungsempfehlungen aus Sicht der Raumordnung. BMVBS-Online-Publikation 23/2011. Bonn. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2011/DL_ON182011.pdf, 10.11.2014.

BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2013a): Regionalwirtschaftliche Effekte der erneuerbaren Energien II. Einfluss der Regionalplanung und Raumordnung auf regionale Wertschöpfung. BMVBS-Online-Publikation 22/2013 – Januar 2013. Bonn. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2013/DL_ON223013.pdf, 10.11.2014.

BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2013b): Regionale Energiekonzepte. Vorstellung Modellregionen. MORO-Informationen 11/1 – Mai 2013. Bonn. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/MORO/11/moro11_1.pdf, 10.11.2014.

BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) (2014): Regionale Energiekonzepte. Zwischenergebnisse/ Verteilnetze und Speicher. MORO-Informationen 11/2 – August 2014. Bonn.

Brunnengraber, Achim (2009): Die politische Ökonomie des Klimawandels. München: oekom.

EnGeno – Transformationspotenziale von Energiegenossenschaften (2014): Positionspapier Bürgerbeteiligung – Energiedemokratie – Dezentralität? Kernziele der Energiewende in Gefahr! Ein Positionspapier des BMBF-Forschungsprojektes EnGeno zur aktuellen energiepolitischen Entwicklung. September 2014. http://engeno.net/wp-content/uploads/2013/09/EnGeno_Positionspapier_Kurzfassung.pdf, 10.11.2014.

Frankenwald, Peter (2005): Disparitäten, regionale. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: ARL, S. 185-190.

Frey, René L. (2005): Infrastruktur. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: ARL, S. 469-476.

Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Grevén: Eggenkamp.

Hennicke, Peter/Müller, Michael (2006): Weltmacht Energie: Herausforderung für Demokratie und Wohlstand. 2. Aufl. Stuttgart: S. Hirzel.

Hirschl, Bernd/Dietz, Kristina/Vogelpohl, Thomas/Dunkelberg, Elisa/Backhouse, Maria/Herrmann, Raoul/Brüntrup, Michael (Hrsg.) (2014): Biokraftstoffe zwischen Sackgasse und Energiewende: sozial-ökologische und transnationale Perspektiven. München: oekom.

Hoppenbrock, Cord/Albrecht, Anne-Kathrin (2010): Erfassung regionaler Wertschöpfung in 100%-EE-Regionen. Grundlagen und Anwendung am Beispiel der Photovoltaik. In: deENet (Hrsg.): Arbeitsmaterialien 100EE Nr. 2. Kassel: deENet. http://www.100-ee.de/downloads/schriftenreihe/?eID=dam_frontend_push&docID=1140, 10.11.2014.

ISOE (Institut für sozial-ökologische Forschung) (2014): Clusterkarte der 33 im Rahmen des Programms „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekte. Screenshot. <http://www.transformation-des-energiesystems.de>, 10.11.2014.

Jacobs, Michael (1999): Sustainable Development as a Contested Concept. In: Dobson, Andrew (Hrsg.): Fairness and Futurity – Essays on Environmental Sustainability and Social Justice. Oxford: Oxford University Press, 21-45.

Jahn, Thomas/Schneidewind, Uwe/Grießhammer, Rainer/Korbun, Thomas/Kraemer, Andreas/Leggewie, Claus/Renn, Ortwin/Zahrnt, Angelika (2012): Verstehen – Bewerten – Gestalten. Transdisziplinäres Wissen für eine nachhaltige Gesellschaft. Memorandum zur Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Forschung in Deutschland. Juni 2012. http://www.iso.de/fileadmin/redaktion/Downloads/Soziale_Oekologie/soef-memorandum-2012.pdf, 10.11.2014.

Jochimsen, Reimund (1966): Theorie der Infrastruktur. Tübingen: Mohr.

Klagge, Britta/Arbach, Cora/Franck, Enke/Heidrich, Bernhard/Hirschfeld, Markus/Liebrenz, Frank/Pohl, Martha/Sünnemann, Arne/Thom, Siegfried/Wotha, Brigitte (2013): Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Koordinations- und Steuerungsstrukturen zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. In: Klagge, Britta/Arbach, Cora (Hrsg.): Governance-Prozesse für erneuerbare Energien. Arbeitsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) 2. Hannover: ARL, S. 1-6.

Kruse, Sylvia (2010): Vorsorgendes Hochwassermanagement im Wandel: ein sozial-ökologisches Raumkonzept für den Umgang mit Hochwasser. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Kunze, Conrad/Becker, Sören (2014): Energiedemokratie in Europa. Bestandsaufnahme und Ausblick. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung. <http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Energiedemokratie-in-Europa.pdf>, 10.11.2014.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2014): Antrag der Fraktionen der SPD und CDU, Angemessene Beteiligung der Standortgemeinden an der Gewerbesteuer von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien. Drucksache 6/3246, 03.09.2014, Schwerin.

Moss, Timothy/Naumann, Matthias/Wissen, Markus (Hrsg.) (2008): Infrastrukturnetze und Raumentwicklung: zwischen Universalisierung und Differenzierung. München: oekom.

Moss, Timothy/Gailing, Ludger/Kern, Kristine/Naumann, Matthias/Röhring, Andreas (2013): Energie als Gemeinschaftsgut? Anregungen für die raumwissenschaftliche Energieforschung. Working Paper 50, Erkner: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. http://www.irs-net.de/download/wp_gemeinschaftsgut_energie.pdf, 10.11.2014.

Neubert, Lena/Vogt, Nora/Wiegand, Timm/Schmidt, Gabriele (2014): Territoriale Kohäsion. Diskussionen und Ergebnisse der Workshops des ARL-Kongresses. In: Nachrichten – Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) 03/2014, S. 29-32.



Ott, Konrad/Sachtleber, Erik (2014): Neue umweltpolitische Erfolgsgeschichten. Das Konzept der „Environmental Deliberative Democracy“. In: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation & BfN (Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.): Naturschutz und Demokratie: Höhen und Tiefen einer schwierigen Beziehung. Politische ökologie 138. München: oekom, S. 105-112.

Reinhold, Gerd (Hrsg.) (2000): Soziologie-Lexikon. Unter Mitarbeit von Siegfried Lamnek und Helga Recker, 4. Aufl., München et al.: Oldenbourg (Artikel zu „Kohäsion“, S. 337).

RPV MSP (Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte) (Hrsg.) (2013): Regionales Energiekonzept Mecklenburgische Seenplatte bis 2030 Entwurf (Mai 2013). http://www.region-seenplatte.de/sites/default/files/downloads/attachment/regionales_energiekonzept_msp_entwurf.pdf, 10.11.2014.

Saretzki, Thomas (2012): The „argumentative turn“ revisited: Demokratisierung von Policy-Analysen in partizipativen Projekten und diskursiven Designs? In: Egner, Björn/Haus, Michael/Terizakis, Georgios (Hrsg.): Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt. Wiesbaden: Springer VS, S. 57-74.

Scheer, Hermann (2005): Energieautonomie. Eine neue Politik für Erneuerbare Energien. München: Antje Kunstmann.

Scheer, Nina (2012): Energiewende fortsetzen. Regenerative Vollversorgung vor dem Durchbruch. Berlin: vorwärts.

Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2013): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: metropolis.

Schöbel, Sören (2012): Windenergie und Landschaftsästhetik: zur landschaftsgerichteten Anordnung von Windfarmen. Berlin: Jovis.

Schröder, André (2010): Regionalökonomische Effekte aus der Nutzung von Windenergie in der Region Hannover. In: deENet (Hrsg.): Arbeitsmaterialien 100EE Nr.3. Kassel: deENet. http://www.100-ee.de/downloads/schriftenreihe/?eID=dam_frontend_push&docID=1138, 10.11.2014.

Sturm, Gabriele (2000): Wege zum Raum: methodologische Annäherungen an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften. Opladen: Leske + Budrich.

trend:research/Leuphana Universität Lüneburg (2013): Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland. Studie im Auftrag der Initiative „Die Wende – Energie in Bürgerhand“ und der Agentur für Erneuerbare Energien, Bremen/Lüneburg Oktober 2013, http://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/Forschungseinrichtungen/professuren/finanzierung-finanzwirtschaft/files/Definition-und-Marktanalyse-von-Buergerenergie-in-Deutschland.pdf, 10.11.2014.

von Haaren, Christina/Plamas, Claudia/Rode, Michael/Reich, Michael/Niederstedt, Frank/Albert, Christian (2013): Erneuerbare Energien – Zielkonflikte zwischen Natur- und Umweltschutz. In: Bundesverband Beruflicher Naturschutz/Deutscher Naturschutztag (Hrsg.): Neue Energien – neue Herausforderungen: Naturschutz in Zeiten der Energiewende: 31. Deutscher Naturschutztag 2012 vom 17.-21. September 2012 in Erfurt. Bonn: BBN, S. 18-33.

Walk, Heike (2008): Partizipative Governance: Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Hans-Joachim Driehaus

Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht – in Aufsätzen

**3. Auflage, Umfang: ca. 350 Seiten,
DIN A5 broschiert, Bonn, Januar 2015
Einzelpreis: 29,90 Euro zzgl. Versandkosten
ISBN: 978-3-87941-964-7**

Wichtige Ergänzung und Vertiefung

Mit diesem Werk stellt der Autor eine weitere Arbeitshilfe zur Verfügung, die viele wichtige Ergänzungen und Vertiefungen zu seinem erschließungsbeitragsrechtlichen Lehrbuch und seiner Kommentierung zu den Kommunalabgabengesetzen der Länder anbietet. Der besondere Vorteil dieses Werkes gegenüber einem Lehrbuch oder einem Kommentar, in denen Rechtsfragen eines bestimmten Komplexes ihrer systematischen Zugehörigkeit entsprechend an verschiedenen Stellen dargestellt und vom interessierten Leser gesucht werden müssen, liegt in der Darstellung aller einschlägigen Probleme „in einem Guss“. Als Beleg für diesen Vorteil sei nur auf die Ausarbeitung über die Kreisverkehrsanlagen hingewiesen, in der Rechtsfragen u. a. sowohl zum erschließungs- und zum straßenbaubeitragsrechtlichen Anlagebegriff als auch zur Zuordnung der Kosten einer solchen Verkehrsanlage zu den in sie einmündenden Straßen erörtert werden.

Der Autor

Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus ist Vors. Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D. und Studienleiter der vhw-Bundesgeschäftsstelle Berlin für Fernlehrgänge.

vhw-Verlag

Dienstleistung GmbH
Hinter Hoben 149
D-53129 Bonn

Bestellung

Fax 0228 7 25 99-19

